ERGEBNISPROTOKOLL



<u>Vorsitz:</u>
Ronny Meyer
Staatsrat
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in Bremen

61. ACK 07.06.2018 in Bremen

Tagesordnung

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

BE: Bremen / (UMK-Vorsitz)

A-PUNKT

UMK-Angelegenheiten

TOP 2 Bericht über Umlaufbeschlüsse und Telefonkonferenzen

2. Priorität BE: Bremen / (UMK-Vorsitz)

ABSCHLIESSEND

TOP 3 Vorbereitung des Kamingesprächs zur 90. UMK

2. Priorität BE: Bremen / (UMK-Vorsitz)

ABSCHLIESSEND

Internationale Themen und EU-Themen

TOP 4 Mündlicher Bericht des BMU über wichtige europäische

2. Priorität Umweltthemen

BE: Bund ABSCHLIESSEND

Vorgang: TOP 13 34.ACK

TOP 5 Aktionsplan der EU für einen besseren Vollzug des Umweltrechts

2. Priorität und eine bessere Umweltordnungspolitik

BE: Bund

BLOCK

Umweltpolitik, Nachhaltige Entwicklung

TOP 6 Umweltpolitische Schwerpunkte der 19. Legislaturperiode -

1. Priorität **mündlicher Bericht**

BE: Bund

A-PUNKT

ABSCHLIESSEND

TOP 7 25 Jahre Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)

2. Priorität BE: Berlin BLOCK

TOP 8 Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP

2. Priorität BNE)

BE: Sachsen-Anhalt / Vorsitz BLAG KliNa

Vorgang:

TOP 7 88.UMK

TOP 7 89.UMK

TOP 9 30 Jahre Mauerfall - Erhalt des Grünen Bandes

2. Priorität BE: Sachsen-Anhalt

Vorgang:

TOP 23 71.UMK

BLOCK

Energie (inkl. Erneuerbare Energien), Klima, Nachhaltigkeit, Verkehr		
TOP 10 1. Priorität	Nationale und internationale Klimaschutzpolitik BE: Bund	BLOCK
TOP 11 1. Priorität	Zentrale Klimaschutzvorhaben des Bundes BE: Sachsen-Anhalt / Vorsitz BLAG KliNa	BLOCK
TOP 12 1. Priorität	Kurzfristiges Maßnahmenprogramm zur Schließung der Lücke zur Erreichung des Klimaschutzziels Deutschlands bis 2020 BE: Hessen	A-PUNKT
TOP 13 1. Priorität	Stärkere CO2-Bepreisung zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele BE: Hessen	A-PUNKT
TOP 14 2. Priorität	Positionspapier zur Optimierung der Förderung von Klimaschutzmaßnahmen des Bundes und der Länder BE: Sachsen-Anhalt / Vorsitz BLAG KliNa	BLOCK
TOP 15 2. Priorität	Schaffung eines Rahmens auf Bundesebene für freiwillige Kompensation von Treibhausgasemissionen in Ländern durch regionale Minderungsaktivitäten BE: Thüringen	A-PUNKT
TOP 16 2. Priorität	Förderung der Anpassung an den Klimawandel in Kommunen von Seiten des Bundes und der EU BE: Sachsen-Anhalt / Vorsitz BLAG KliNa	BLOCK
TOP 17 1. Priorität	CO ₂ -Flottengrenzwerte BE: Baden-Württemberg	BLOCK
TOP 18 1. Priorität	Energieeffizienz und Umweltpolitik BE: Bund Vorgang: TOP 12 88.UMK	ABSCHLIESSEND
TOP 19 1. Priorität	Rechtliche Rahmenbedingungen beim Netzausbau weiterentwickeln BE: Schleswig-Holstein	BLOCK
TOP 20 2. Priorität	Förderung Kommunales Energiemanagement BE: Sachsen Vorgang: TOP 13 89.UMK	BLOCK
TOP 21 2. Priorität	6. Erfahrungsbericht Umweltbezogene Nachhaltigkeitsindikatoren BE: Sachsen-Anhalt / Vorsitz BLAG KliNa Vorgang: TOP 42 53.ACK	BLOCK

Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung, Landschaftspflege, Umweltschutz und Landwirtschaft

TOP 22 bis 25 zusammen behandelt

TOP 22 Kenntnisstand des Bundes zum Insektensterben sowie dessen

1. Priorität Ursachen

BE: Bund

A-PUNKT

Vorgang: TOP 40 89.UMK

TOP 23 Erste Ad-hoc-Maßnahmen zur Förderung der Insektenvielfalt

1. Priorität BE: Bremen / (UMK-Vorsitz)

Vorgang: TOP 40 89.UMK

TOP 24 Gemeinsame Bund-Länder-Initiative "Mehr Respekt vor dem

1. Priorität Insekt"

BE: Mecklenburg-Vorpommern A-PUNKT

Vorgang: TOP 40 89.UMK

TOP 25 Aktionsprogramm Insektenschutz und Aufbau eines

1. Priorität **Monitoringzentrums**

BE: Niedersachsen

Vorgang: TOP 40 89.UMK

TOP 26 Umgang mit dem Wolf

1. Priorität BE: Mecklenburg-Vorpommern

Vorgang:

TOP 18 89.UMK
TOP 19 89.UMK

A-PUNKT

TOP 23 88.UMK TOP 24 88.UMK

TOP 27 Stärkung der Schaf-/ Ziegenhaltung durch Einführung einer

2. Priorität Weidetierprämie

BE: Rheinland-Pfalz

Vorgang: TOP 24 87.UMK TOP 24 58.ACK

10P 24 87.UMK

TOP 28 Beitrag des Bundes für Umweltsicherungs- und

2. Priorität Naturschutzmaßnahmen A-PUNKT

BE: Mecklenburg-Vorpommern

Gewässer- und Hochwasserschutz

TOP 29 Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserwirtschaft

2. Priorität BE: Thüringen / LAWA

Vorgang: BLOCK

Sondersitzung LAWA vom 07.12.2017 TOP 3.1.

BLOCK

TOP 30 Starkregenrisikomanagement

2. Priorität BE: Thüringen / LAWA

Vorgang: BLOCK

155. LAWA-VV TOP 7.7

TOP 31 Überprüfung der WRRL

2. Priorität BE: Thüringen / LAWA

Vorgang: A-PUNKT

155. LAWA-VV TOP 6.2.2

TOP 32 Weitergehende Schritte zur Reduktion der Nährstoffeinträge

2. Priorität BE: Thüringen / LAWA

Vorgang: BLOCK

155. LAWA-VV TOP 7.8.1

TOP 33 Beurteilung der Grundwassergüte anhand weiterer Stoffgehalte

2. Priorität BE: Thüringen / LAWA

Vorgang: ABSCHLIESSEND

155. LAWA-VV TOP 7.11

TOP 34 Hochwasser / Elementarschäden

2. Priorität BE: Bund

Vorgang: BLOCK

TOP 41 89.UMK

Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit

TOP 35 Einhaltung der NO2-Immissionsgrenzwerte

1. Priorität BE: Bund

Vorgang: A-PUNKT

TOP 28 88.UMK

TOP 36 Maßnahmen zur Reduzierung der Anwendung von

1. Priorität **Pflanzenschutzmitteln**

BE: Bund

Vorgang: TOP 27 88.UMK

TOP 37 Aktualisierung des nationalen Verkehrslärmschutzpaketes

2. Priorität BE: Nordrhein-Westfalen BLOCK

TOP 38 Bewertung antibiotikaresistenter Bakterien in der Umwelt

2. Priorität BE: Nordrhein-Westfalen / Niedersachsen A-PUNKT

TOP 39 Saubere Schiffe in den Städten

2. Priorität BE: Berlin

Vorgang:

Sonder-UMK April2016 Top 29 89.UMK

Top 27 83.UMK
Sender LIMK April 2016

5

Bodenschutz / Abfallwirtschaft / Chemikaliensicherheit

TOP 40 Reduzierung von Plastik in Gewässern

1. Priorität BE: Rheinland-Pfalz A-PUNKT

TOP 41 Vermeidung von Kunststoff-Verunreinigungen in der Umwelt bei

2. Priorität der Entsorgung verpackter Lebensmittel

BE: Schleswig-Holstein

TOP 42 Bericht zum Umsetzungsstand "Koordinierung von Aufgaben der

2. Priorität stofflichen Marktüberwachung"

BE: Baden-Württemberg

Vorgang:

TOP 32 86.UMK (=TOP 32/33)

TOP 47 85.UMK

Ressourceneffizienz

TOP 43 Akzeptanzsteigerung für Akkus

2. Priorität BE: Bayern BLOCK

TOP 44 Innovative und ressourceneffiziente Baustoffe

2. Priorität BE: Sachsen

Vorgang: A-PUNKT

TOP 14 87.UMK

TOP 45 Steigerung der Ressourceneffizienz im Rahmen von Industrie 4.0

2. Priorität BE: Hessen / Länderoffene Arbeitsgemeinschaft Ressourceneffizienz

(LAGRE)

TOP 46 Mehrjähriger Finanzrahmen - den Europäischen Mehrwert von

1. Priorität Umwelt- und Naturschutz stärken

BE: Hessen

Sonstiges

TOP 47 Verschiedenes

2. Priorität BE: Bremen / (UMK-Vorsitz)

ABSCHLIESSEND

- AUSTAUSCHSEITE -

A-PUNKT

TOP 01: Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz genehmigt die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung.

Der verfristet angemeldete Tagesordnungspunkt wird zur Beratung zugelassen:

46

ABSCHLIESSEND behandelt wurden die Tageordnungspunkte:

2, 3, 4, 8, 18, 33, 42

BLOCK-Tagesordnungspunkte sind:

5, 7, 9, 10, 11, 14, 16, 17, 19, 20, 21, 27, 29, 30, 32, 34, 36, 37, 39, 41, 43, 45

A-PUNKTE sind:

1, 6, 12, 13, 15, 22, 23, 24, 25, 26, 28, 31, 35, 38, 40, 44, 46

Zu TOP 47 wurden keine Themen angemeldet.

ABSCHLIESSEND

TOP 02: Bericht über Umlaufbeschlüsse und Telefonkonferenzen

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz nimmt den Bericht des Vorsitzlandes zur Kenntnis.

ABSCHLIESSEND

TOP 03: Vorbereitung des Kamingesprächs zur 90. UMK

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz, im Kamingespräch folgende Themen zu erörtern:

- Luftreinhaltung (NOx) im Zusammenhang des Leipziger Gerichtsurteils
 (RP)
- 2. Kohleausstiegskommission (BW, BE): zurückgezogen wegen Priorisierung
- 3. Umweltpolitische Auswirkungen des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU (BMU)
- 4. Befassung der UMK mit der GAP nach 2020 (SL)
- 5. Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle (BMU)
- Weiterentwicklung des EURATOM-Vertrages inklusive der Haftungsregelungen gemäß Brüsseler Zusatzprotokoll (SH)
- 7. Stand der Gespräche über die Atomenergienutzung in Nachbarstaaten (BMU)
- 8. Deponierung von freigemessenen Materialien aus dem Rückbau von Kernkraftwerken (SN, NI)
- 9. Wolf (BMU, SN)
- 10. Selbstverständnis der UMK (SN): zurückgezogen wegen Priorisierung

ABSCHLIESSEND

TOP 04: Mündlicher Bericht des BMU über wichtige europäische Umweltthemen

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz nimmt den mündlichen Bericht des Bundes zur Kenntnis.

BLOCK

TOP 05:

Aktionsplan der EU für einen besseren Vollzug des Umweltrechts und eine bessere Umweltordnungspolitik

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

- Die Umweltministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundes zum Aktionsplan der EU für einen besseren Vollzug des Umweltrechts und eine bessere Umweltordnungspolitik zur Kenntnis.
- 2. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder streben an, Fachwissen und Expertise aus deutschen Umweltverwaltungen für die zu erarbeitenden Verfahrensleitfäden, best-practice-Sammlungen und sonstigen Maßnahmen einzubringen und sinnvolle praktische Zusammenarbeit sowie Austauschmechanismen für best-practice mit anderen Mitgliedstaaten zu fördern, um die effiziente Verbesserung des Umweltrechtsvollzugs in der EU durch freiwillige Maßnahmen zu unterstützen.

Protokollerklärung Bayern:

Bayern sieht den Aktionsplan kritisch, da zu befürchten ist, dass die EU-Kommission über eigentlich unverbindliche Maßnahmen erheblich in die Vollzugskompetenzen der Länder eingreifen wird. Bayern hält es daher für erforderlich, dass der Aktionsplan auf freiwillige Maßnahmen beschränkt und er den Grundsätzen von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit gerecht wird.

A-PUNKT

TOP 06: Umweltpolitische Schwerpunkte der

19. Legislaturperiode – mündlicher Bericht

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

Die Umweltministerkonferenz nimmt den mündlichen Bericht des Bundes zur Kenntnis.

BLOCK

TOP 07: 25 Jahre Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)

Beschluss:

- Die Umweltministerkonferenz sieht im Freiwilligen Ökologischen Jahr einen wirksamen Ansatz, um das Umweltbewusstsein junger Menschen zu stärken und damit die Wahrnehmung von Umweltproblemen in der Gesellschaft insgesamt zu erhöhen.
- 2. Die Umweltministerkonferenz dankt den Freiwilligen für ihr Engagement und nimmt anerkennend zu Kenntnis, dass sich das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) zu einer festen Bestandsgröße des Natur- und Umweltschutzes entwickelt hat. Seit 25 Jahren engagieren sich junge Menschen in einem Freiwilligen Ökologischen Jahr für Natur und Umwelt in ganz Deutschland.
- 3. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten den Bund, alle derzeit bereits vorhandenen Plätze des Freiwilligen Ökologischen Jahres dauerhaft und langfristig finanziell zu fördern sowie auch zukünftig den bedarfsgerechten Ausbau der Plätze finanziell zu unterstützen.

ABSCHLIESSEND

TOP 08: Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE)

Beschluss:

- 1. Die Amtschefkonferenz nimmt den Bericht der BLAG KliNa zur Kenntnis.
- Die Amtschefkonferenz bittet die Plattform "Bund-Länder-Treffen BNE" als Ansprechpartner für die BLAG KliNa bei der Umsetzung des NAP BNE zur Verfügung zu stehen.
- 3. Die Amtschefkonferenz bittet das Vorsitzland, den Beschluss und den Bericht der Kultusministerkonferenz zur Kenntnis zu geben.

BLOCK

TOP 09: 30 Jahre Mauerfall – Erhalt des Grünen Bandes

Beschluss:

- 1. Die Umweltministerkonferenz begrüßt die bisherigen Aktivitäten des Bundes und der Länder zum Erhalt und zur Entwicklung des Grünen Bandes als Erinnerungsort und Teil des länderübergreifenden Biotopverbundsystems. Sie bringt ihren Willen zum Ausdruck, sich auf dem Erreichten nicht auszuruhen, sondern die Lücken im Grünen Band weiter zu minimieren, um das Grüne Band vollständig erlebbar machen zu können. Der bevorstehende 30. Jahrestag der Öffnung der innerdeutschen Grenze im Jahr 2019 sollte in dem Zusammenhang hinreichende Würdigung finden.
- 2. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder danken der Bundesregierung für die kostenlose Übertragung von Bundesflächen im Grünen Band als Teil des Nationalen Naturerbes an die Länder bzw. deren Naturschutzstiftungen und die Finanzierung von Projekten und Initiativen zur Entwicklung des Grünen Bandes. Sie bitten die Entwicklung des Grünen Bandes weiterhin intensiv zu unterstützen und begrüßen die Zielstellung in der Koalitionsvereinbarung, das erfolgreiche Programm "Nationales Naturerbe" mit einer vierten Tranche über 30 000 Hektar, darunter 20 000 Hektar von der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, fortzusetzen.
- 3. Die Umweltministerkonferenz sieht den besonderen Wert des Grünen Bandes in der Verbindung von vielfältigen Biotopstrukturen mit den historischen Grenz-

befestigungsanlagen, die inzwischen fester Bestandteil der Erinnerungskultur an die vier Jahrzehnte andauernde Teilung Deutschlands geworden sind. Die geplante Ausweisung des Grünen Bandes als Nationales Naturmonument in verschiedenen Ländern muss auch in besonderem Maße den Erhalt und die Erlebbarmachung dieser historischen Erinnerungsstätten integrieren. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten die Bundesregierung deshalb, die Länder bei der geplanten Ausweisung auch im Hinblick auf den Erhalt und die Zugänglichkeit der Erinnerungsorte finanziell zu unterstützen.

BLOCK

TOP 10: Nationale und internationale Klimapolitik

Beschluss:

- Die Umweltministerkonferenz begrüßt die vom Bund zugesagte, intensive Beteiligung der Länder an der Erarbeitung des Maßnahmenprogramms zur Erreichung der Sektorziele 2030 des Klimaschutzplans 2050 auf Ebene der Umweltministerkonferenz, der BLAG KliNa sowie im Rahmen des Aktionsbündnisses Klimaschutz.
- Die Umweltministerkonferenz begrüßt, dass die Vertragsparteien des Übereinkommens von Paris im Jahr 2018 den sogenannten "Talanoa-Dialog" führen, um
 - eine Bestandsaufnahme des Anspruchsniveaus der internationalen Klimaschutzmaßnahmen vorzunehmen und
 - vor dem Hintergrund der für das Jahr 2020 vorgesehenen erneuten Vorlage oder Aktualisierung der nationalen Klimaschutzbeiträge über Möglichkeiten für verstärkten Klimaschutz zu diskutieren.
- Die Umweltministerkonferenz nimmt die vorläufigen Ergebnisse der technischen Phase des Talanoa-Dialogs zur Kenntnis und betont die folgenden Punkte:
 - Sehr viele Staaten leiden bereits heute stark unter den Folgen des Klimawandels.

- Der Talanoa Dialog ist der Beginn der Umsetzung der dynamischen Komponente des Übereinkommens von Paris, nach der alle Staaten ihre Klimaschutzambition kontinuierlich steigern müssen.
- Langfriststrategien helfen, den nationalen Beiträgen zur Umsetzung eine Richtung zu geben.
- Es existiert ein großes, noch nicht genutztes Potential zur Umsetzung weiterer Klimaschutzmaßnahmen.
- Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren ist ein wichtiger Beitrag, um ambitionierte Klimapolitik umzusetzen.
- 4. Die Umweltministerkonferenz begrüßt insbesondere die Einbeziehung subnationaler Akteure in den Talanoa-Dialog und das Engagement der Bundesländer in diesem Forum.
- 5. Die Umweltministerkonferenz hält fest, dass die aktuellen Klimaschutzbeiträge der Unterzeichnerstaaten noch nicht ausreichen, um die Ziele des Übereinkommens von Paris zu erfüllen.
- 6. Die Bundesregierung sagt zu, sich weiter aktiv und konstruktiv am Talanoa-Dialog zu beteiligen und dabei die Option einer Anhebung des europäischen 2030-Klimaziels offenzuhalten.

BLOCK

TOP 11: Zentrale Klimaschutzvorhaben des Bundes

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder begrüßen, dass sich die Bundesregierung zu den Klimaschutzzielen für 2020, 2030 und 2050 bekennt. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder fordern deshalb die Bundesregierung auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Handlungslücke bis zum Zieljahr 2020 so weit wie möglich zu schließen und dadurch auch die Voraussetzungen für das Erreichen der weiteren Klimaschutzziele zu verbessern.
- 2. Die Umweltministerkonferenz ist der Auffassung, dass das Ziel einer weitgehenden Treibhausgasneutralität bis 2050 bereits heute entsprechender Weichenstellungen bedarf. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und –senatoren der Länder fordern den Bund auf, das Ambitionsniveau für das Zieljahr 2050 entsprechend zu konkretisieren, um Fehlallokationen zu vermeiden.
- 3. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder begrüßen, dass der Bund eine rechtlich verbindliche Umsetzung der Klimaschutzziele 2030 im Jahr 2019 verabschieden will. Sie bitten den Bund, insbesondere verbindliches Verfahren ein zeitlich zu den aufzunehmen. die Klimaschutzinstrumenten damit Länder in vorhersehbarer Weise darauf einstellen können. Der Regelungsinhalt eines

- Klimaschutzgesetzes des Bundes muss die Wirkung von Klimaschutzgesetzen der Länder berücksichtigen und deren Handlungsspielräume erhalten.
- 4. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bedauern, dass die Einhaltung des bereits Ende 2016 mit dem Klimaschutzplan 2050 beschlossenen Zeitplans für ein Maßnahmenprogramm fraglich ist und bitten den Bund, das Vorgehen zur Erarbeitung des Maßnahmenprogramms zügig und sektorspezifisch zu präzisieren, um weiteren Attentismus zu vermeiden.
- 5. Die Umweltministerkonferenz begrüßt die Anhebung des Ausbauziels für erneuerbare Energien bis 2030 auf 65 % sowie die Ankündigung von Sonderausschreibungen in 2019 und 2020. Die Umweltministerkonferenz erachtet diese Maßnahmen als dringend notwendig, um kurzfristig einen Fadenriss beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu vermeiden sowie langfristig die Klimaschutzziele einzuhalten.
- 6. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder halten eine klimafreundliche Fortentwicklung des Steuer- und Abgabensystems für essentiell, um neue klimapolitische Impulse und Anreize für die Sektorkopplung zu setzen.

A-PUNKT

TOP 12:

Kurzfristiges Maßnahmenprogramm zur Schließung der Lücke zur Erreichung des Klimaschutzziels Deutschlands bis 2020

Beschluss:

- 1. Die Umweltministerkonferenz bedauert, dass das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, voraussichtlich nicht mehr erreicht wird. Das Klimaschutzziel für 2020 trägt wesentlich dazu bei, auch die Einhaltung der zukünftigen Klimaschutzziele sicherzustellen. Die Umweltministerkonferenz hält es für erforderlich, dass alle kurzfristig noch möglichen Maßnahmen ergriffen werden.
- 2. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder begrüßen die Einrichtung der Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" für die Erarbeitung von Maßnahmen, mit denen die Lücke zur Erreichung des Klimaschutzziels 2020 möglichst weit reduziert und das Ziel im Energiesektor für 2030 zuverlässig erreicht werden soll. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder begrüßen darüber hinaus, dass die Kommission ein konkretes Konzept zur Strukturentwicklung sowie ein Enddatum für die Kohleverstromung und einen sozialverträglich ausgestalteten und einen die Erfordernisse der Versorgungssicherheit berücksichtigenden Fahrplan zur schrittweisen Reduzierung der Kohleverstromung erarbeiten soll.
- 3. Zur Einhaltung des Klimaschutzziels für 2020 sowie der Glaubwürdigkeit Deutschlands in den internationalen Klimaverhandlungen bedarf es zur Schließung der Lücke bis 2020 der Erstellung und anschließend sofortigen Umsetzung eines kurzfristigen Maßnahmenprogramms. Dabei kommt neben der

schrittweisen Reduktion der Kohleverstromung insbesondere den Sonderausschreibungen für Wind-Onshore und PV sowie dem zusätzlichen Offshore-Windenergiebeitrag eine zentrale Rolle zu. Die Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" sollte ihre Empfehlungen für Maßnahmen, um die Lücke zur Erreichung des 40 Prozent-Ziels bis 2020 so weit wie möglich zu schließen, schnellstmöglich vorlegen.

- 4. Deutschland wird seine eigenen und die europäischen Klimaschutzverpflichtungen im Rahmen des Effort-Sharing-Beschlusses verfehlen, wenn die Bundesregierung nicht zeitnah ein zielführendes Maßnahmenpaket insbesondere im Gebäude- und Verkehrssektor vorlegt. Die Zielverfehlung könnte zu erheblichen Folgekosten für die Bundesrepublik führen. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder fordern daher die Bundesregierung auf, unverzüglich ein solches Maßnahmenpaket vorzulegen. Die Potentiale der Sektorkopplung sollten hierbei erschlossen werden.
- 5. Besonderes Augenmerk sollte auf den Verkehrssektor gelegt werden, dessen Emissionen in den letzten Jahren wieder gestiegen sind. Dabei sollte sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene auch für CO₂-Standards für PKW, leichte Nutzfahrzeuge, Busse und LKW einsetzen, die die Erreichung der nationalen und europäisch festgelegten Ziele ermöglicht.

<u>Protokollerklärung der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen:</u>

Die Länder sind der Auffassung, dass die Kohleausstiegskommission auch die Ewigkeitslasten des Tagebergbaus behandeln sollte.

Die Länder halten die Stilllegung der 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke bis 2020 mit einer Kapazität von 7-11 GW für notwendig, um das Klimaschutzziel 2020 zu erreichen. Dabei ist der Aspekt der Versorgungssicherheit unbedingt zu berücksichtigen, so dass, falls nötig, ein Teil der Kraftwerke in eine Reserve überführt werden kann.

A-PUNKT

TOP 13: Stärkere CO₂-Bepreisung zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele

Beschluss:

- 1. Die Umweltministerkonferenz stellt fest, dass die vorhandenen politischen Instrumente nicht ausgereicht haben, um die nationalen Klimaziele für 2020 zu erreichen. Auch für die Erreichung der nationalen Klimaziele für 2030 bedarf es noch erheblicher weiterer Anstrengungen.
- 2. Die Umweltministerkonferenz ist der Auffassung, dass Preissignale die Erreichung der Klimaziele maßgeblich unterstützen können. Eine Bepreisung der Treibhausgasemissionen in allen Sektoren, die klare Anreize für die Wirtschaftsakteure setzt Treibhausgasemissionen zu minimieren und bei der "carbon leakage" wirksam vermieden wird, kann ein zusätzlicher zukunftsfähiger Bestandteil eines Mixes von klimapolitischen Instrumenten sein.
- 3. Die Umweltministerkonferenz begrüßt weiterhin das Ziel der Regierungskoalition aus dem Koalitionsvertrag, die "Koppelung der Sektoren Wärme, Mobilität und Elektrizität in Verbindung mit Speichertechnologien voranzubringen". Sie begrüßt, dass die Bundesregierung hierfür die Anpassung der Rahmenbedingungen vorsieht.
- 4. Die Umweltministerkonferenz stellt ferner fest, dass die Sektorkopplung vorangetrieben werden kann, wenn die finanziellen Belastungen auf den Stromverbrauch verringert werden. Die Umweltministerkonferenz bittet daher

die Bundesregierung, die notwendigen Anpassungen der Rahmenbedingungen, insbesondere eine Senkung der Belastung auf den Stromverbrauch, für eine gut funktionierende Sektorkopplung möglichst bald anzugehen und bittet das Bundeministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit um einen Bericht zur 92. Umweltministerkonferenz, wie und bis wann diese im Sinne des Klimaschutzes gewährleistet werden soll.

- 5. Mit der Reform des europäischen Emissionshandels sind bereits steigende Zertifikate-Preise in den Emissionshandelssektoren erkennbar. Es fehlen aber im Hinblick auf die Verpflichtungen Deutschlands im Rahmen der "Effort Sharing Richtlinie" der EU wirkungsvolle CO₂-Preissignale in den Nichthandelssektoren.
- 6. Die Umweltministerkonferenz begrüßt die Initiative des Französischen Staatspräsidenten Macron, zusammen mit Deutschland und anderen Ländern die CO₂-Bepreisung zu stärken. Ein mit Frankreich und anderen europäischen Nachbarn abgestimmtes Vorgehen ist zu befürworten.
- 7. Sie begrüßt ausdrücklich die gemeinsame Resolution des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale zum 55. Jahrestag des Élysée-Vertrags am 22. Januar 2018, gemeinsame Initiativen der beiden Regierungen, insbesondere zum CO₂-Preis, vorzuschlagen.
- 8. Die Umweltministerkonferenz fordert daher die Bundesregierung auf, einen Vorschlag für eine CO₂-Bepreisung vorzulegen, der folgende wesentliche Elemente hat:
 - Die CO₂-Bepreisung sollte in allen Sektoren wirksam sein, also Stromerzeugung, Wärme und Mobilität erfassen. Eine Einbeziehung aller Sektoren in den EU-Emissionshandel ist dagegen nicht zielführend und auch nicht praktikabel.

- Die Höhe und Entwicklung der CO₂-Preise muss sozialverträglich ausgestaltet sein und sich am Erreichen der langfristigen Klimaschutzziele orientieren.
- Die CO₂-Bepreisung sollte Teil einer umfassenden Überprüfung von Subventionen sein, die klimaschädliche Anreize setzen.
- Die CO₂-Bepreisung sollte durch weitere Instrumente flankiert werden, so dass unerwünschte soziale, ökologische oder wirtschaftliche Folgen auch im grenzüberschreitenden Handel und Austausch ausbleiben.

BLOCK

TOP 14: Positionspapier zur Optimierung der Förderung von Klimaschutzmaßnahmen des Bundes und der Länder

Beschluss:

- 1. Die Umweltministerkonferenz beschließt das Positionspapier zur Optimierung der Förderung von Klimaschutzmaßnahmen durch Bund und Länder.
- 2. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder fordern den Bund auf, dieses Papier entsprechend zu berücksichtigen und hierüber auf der 92. Umweltministerkonferenz zu berichten. Da sich die Kommunalrichtlinie des Bundes aktuell in Novellierung befindet, sollen die Eckpunkte des Positionspapiers bereits in diesem laufenden Verfahren berücksichtigt werden.
- Die Umweltministerkonferenz bittet das Vorsitzland, das Positionspapier zur Optimierung der Förderung von Klimaschutzmaßnahmen durch Bund und Länder der Wirtschaftsministerkonferenz, der Bauministerkonferenz und der Finanzministerkonferenz zur Kenntnis zu geben.

A-PUNKT

TOP 15: Schaffung eines Rahmens auf Bundesebene für freiwillige Kompensation von Treibhausgasemissionen in Ländern durch regionale Minderungsaktivitäten

Beschluss:

- Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder betonen die Bedeutung der Erreichung klimapolitischer Ziele der Bundesrepublik Deutschland auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene.
- 2. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder stellen fest, dass die Länder selbst erhebliche Anstrengungen unternehmen, zur Erreichung nationaler Klimaschutzziele beizutragen. Dies erfolgt über zahlreiche Aktivitäten, wie Förderprogramme und Energieberatungen, die die Länder in eigener Verantwortung und mit eigenen Mitteln initiiert und umgesetzt sowie teilweise auch in eigenen Landesklimaschutzgesetzen oder anderen Rechtsgrundlagen festgeschrieben haben. Die damit verbundenen Emissionsreduktionen reduzieren nicht nur die THG-Emissionen im jeweiligen Land, sondern entlasten auch die Treibhausgasbilanz des Bundes.
- 3. Eine Reihe von Ländern hat sich auch Ziele zur Reduktion der THG-Emissionen in der eigenen Landesverwaltung hin zur Klimaneutralität gesetzt. Diese zielen vorrangig auf die Reduktion der Emissionen im eigenen unmittelbaren Verantwortungsbereich ab. Die Umweltministerkonferenz hält es für wichtig. dass Kompensationen gegenüber Emissionsreduktionen nachrangig in Betracht zu ziehen sind. Insbesondere inländische Kompensationsmaßnahmen bedürfen nach Auffassung der Umweltministerkonferenz hoher qualitativer Standards, um ihre Wirksamkeit sicherzustellen und Doppelzählungen auszuschließen.

- 4. Eine Reihe von Ländern nutzt auch im Sinne des Pariser Abkommens das Instrument der Kompensation bereits oder beabsichtigt, dies zu tun. Einige Länder haben darüber hinaus einen organisatorischen Rahmen für gleichgerichtetes Engagement von Bürgern und anderen regionalen Akteuren geschaffen, über den sie erfolgreich beachtliche finanzielle Beiträge für die Umsetzung regionaler Klimaschutzprojekte (z.B. Moorrenaturierungen) mobilisieren.
- 5. Regionalen Kompensationsprojekten wird in Deutschland von Expertenseite entgegen gehalten, dass damit verbundene Emissionsreduktionen zu Doppelzählungen mit dem THG-Inventar des Bundes führen (z.B. durch Erneuerbare Wärme, Energieeffizienz, E-Mobilität) oder führen würden (z.B. Moorrenaturierungen), weil seitens des Bundes keine diesen Aktivitäten zugeordnete Löschung von staatlichen Emissionsbudgets im Rahmen des Kyoto-Protokolls oder EU Effort Sharings vorgenommen wird. Deshalb ist es wichtig, für diese Projekte nur solche auszuwählen, für die eine Zusätzlichkeit der Reduktion von THG-Emissionen belegbar ist.
- 6. Um dieses, regionale Akteure demotivierende, Hemmnis für die Entwicklung regionaler Kompensationsvorhaben der Länder zu beseitigen, bittet die Umweltministerkonferenz den Bund um Bereitstellung von Leitfäden für regionale Kompensationsprojekte. Diese sollen klare Rahmenbedingungen zur Vermeidung von Doppelzählungen schaffen, zur Mobilisierung zusätzlicher öffentlicher und privater Mittel und für die Beschaffung von zertifiziertem Ökostrom dienen und Kriterien enthalten, die einen hohen Qualitätsstandard aufzeigen. Die Umweltministerkonferenz nimmt zur Kenntnis, dass der Bund ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben hat, wie ein Rahmen für freiwillige nationale Kompensation in Deutschland oder anderen EU-Ländern umgesetzt werden könnte und dass BMU auf Basis dieses Gutachtens mögliche Maßnahmen der Bundesregierung analysieren wird. Die Umweltministerkonferenz bittet den Bund, zur 91. UMK über den Stand der Dinge zu berichten.

BLOCK

TOP 16: Förderung der Anpassung an den Klimawandel in Kommunen von Seiten des Bundes und der EU

Beschluss:

- Die Umweltministerkonferenz ist der Auffassung, dass die Anpassung an den Klimawandel eine Aufgabe ist, die angesichts des fortschreitenden Klimawandels zunehmend an Beachtung und Bedeutung gewinnt.
- 2. Kommunen, Kreise und Regionen sind besonders wichtige Akteure bei der Anpassung an den Klimawandel, da auf kommunaler und regionaler Ebene an die konkreten räumlichen Bedingungen angepasste Konzepte entwickelt und entsprechende nichtinvestive und investive Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel umgesetzt werden.
- 3. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder halten es daher für erforderlich, die kommunale Ebene bei ihren Aktivitäten zur Klimafolgenanpassung seitens des Bundes und der Länder zu unterstützen. Förderinstrumente des BMU wie das DAS-Förderprogramm sollten entsprechend der zunehmenden Bedeutung des Themas weiter ausgebaut werden. Die bisher in der Kommunalrichtlinie enthaltenen Fördertatbestände und Förderhöhen sollen beibehalten oder ausgebaut werden.
- 4. Nach Auffassung der Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und senatoren der Länder sollen Kommunen durch ein breites Förderangebot die

Möglichkeit haben, sich je nach Entwicklungsstand im Bereich Klimaanpassung weiterzuentwickeln. Hierzu gehört die Möglichkeit der Förderung von:

- a. Kommunalen (Teil-)Konzepten
- b. Kommunalen Klimaanpassungsmanagerinnen und -managern
- c. Investiven Maßnahmen zur Umsetzung der Anpassungskonzepte.
- 5. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder sprechen sich dafür aus, die Fördermöglichkeiten für kommunale Anpassungskonzepte und -maßnahmen in Zukunft stärker als bisher zu kommunizieren und nach Möglichkeit die Förderverfahren zu vereinfachen.
- 6. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten den Bund, sich bei den Verhandlungen auf EU-Ebene zur nächsten Förderperiode (2021-2027) dafür einzusetzen, dass Strukturfondsmittel (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung und Kohäsionsfonds) in angemessener Höhe für Maßnahmen zur Klimaanpassung, auch für Kommunen, bereit gestellt werden.

BLOCK

TOP 17: CO₂-Flottengrenzwerte

Beschluss:

- 1. Die Umweltministerkonferenz bekennt sich zu den nationalen, europäischen und internationalen Klimaschutzzielen.
- Die Umweltministerkonferenz stellt fest, dass es wirksamer Instrumente zur CO₂-Reduktion im Verkehrssektor bedarf, damit dieser seinen Beitrag zur Zielerreichung leisten kann. Die EU-CO₂-Flottengrenzwerte stellen dabei eines der wirkungsvollsten Instrumente zur CO₂-Reduktion im Verkehrssektor dar.
- 3. Die Umweltministerkonferenz stellt fest, dass EU-CO₂-Flottengrenzwerte mit ihren Zielvorgaben für die Jahre 2025 und 2030 auch Planungssicherheit für die Automobilwirtschaft schaffen.
- 4. Die Umweltministerkonferenz hält es für erforderlich, dass sich der Bund dafür einsetzt, dass die Absenkung der CO₂-Flottengrenzwerte im Rahmen der Fortschreibung der europäischen Vorgaben ambitioniert ausgestaltet wird.
- 5. Die Umweltministerkonferenz ist der Ansicht, dass alle Möglichkeiten genutzt werden müssen, um die CO₂-Reduktion im Verkehr technologieoffen zu fördern. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit bei der 91. Umweltministerkonferenz über den Stand der Verhandlungen in Brüssel zu berichten.

ABSCHLIESSEND

TOP 18: Energieeffizienz und Umweltpolitik

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz nimmt den Bericht des Bundes zur Kenntnis.

BLOCK

TOP 19: Rechtliche Rahmenbedingungen beim Netzausbau weiterentwickeln

Beschluss:

- Die Umweltministerkonferenz betrachtet den Netzausbau als Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende. Sie fordert die Bundesregierung daher auf, weitere Anstrengungen zur Beschleunigung des Netzausbaus zu unternehmen, indem sie die rechtlichen Rahmenbedingungen beim Netzausbau weiterentwickelt.
- 2. Zur Sicherstellung einer wirksamen Umsetzung der vom Bundesgesetzgeber beschlossenen Netzausbauvorhaben fordert die Umweltministerkonferenz die Bundesregierung auf, zu prüfen, ob die Befugnisse der Bundesnetzagentur gegenüber Netzbetreibern, die ihrem gesetzlichen Auftrag zum Leitungsausbau nicht nachkommen, gestärkt werden sollten. Es sollte weiter geprüft werden, ob dafür zusätzliche Instrumente erforderlich sind bzw. welche Maßnahmen notwendig sind, um die bestehenden rechtlichen Instrumente effektiver nutzen zu können.
- 3. Die Bundesregierung wird von der Umweltministerkonferenz aufgefordert, die im Koalitionsvertrag vorgesehene Prüfung finanzieller Anreize für Grundstückseigentümer beim Stromnetzausbau und dabei insbesondere der Option der wiederkehrenden Zahlungen, zeitnah durchzuführen, und sich anschließend zu diesen Themen zu positionieren. Die Umweltminister-

konferenz befürchtet ansonsten einen Attentismus der Grundstückseigentümer, der den weiteren Ausbau der Stromnetze zusätzlich verzögern wird.

4. Die Umweltministerkonferenz bittet die Bundesregierung zur Beschleunigung des Netzausbaus darüber hinaus zu prüfen, die Netzbetreiber zu einer stärkeren Zusammenarbeit zu verpflichten, um die Leitungsmitnahme von 110 kV-Leitungen auf 380 kV-Leitungen auf gemeinsamem Gestänge zu erleichtern. Hierbei sind mögliche Umweltauswirkungen zu berücksichtigen.

BLOCK

TOP 20: Förderung Kommunales Energiemanagement

Beschluss:

- Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder nehmen den mündlichen Bericht des Bundes zum Stand der Vorbereitungen zur Novellierung der "Kommunalrichtlinie" zur Kenntnis.
- 2. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder begrüßen und unterstützen es, dass der Bund die "Kommunalrichtlinie" fortschreibt und hierbei insbesondere beabsichtigt, das in einigen Ländern erfolgreich eingeführte "Kommunale Energiemanagement" (kurz: KEM) als neuen Fördertatbestand aufzunehmen. Sie halten es zur Erreichung der Ziele des Klimaschutzes und der Energieeffizienz für wichtig, dass langfristig grundsätzlich in allen Kommunen ein KEM dauerhaft etabliert wird. Es ist dabei sicherzustellen, dass der neue Fördertatbestand KEM die notwendige technische Infrastruktur für ein Energiecontrolling beinhaltet.
- 3. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten den Bund, im Rahmen der Ausgestaltung des KEM in der "Kommunalrichtlinie" auch die in den Ländern bestehenden Fördertatbestände bezüglich kommunaler Energiemanagementprozesse und der Beschaffung von Datengrundlagen zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Beratungs-, Weiterbildungs- und Netzwerkaktivitäten der lokalen, regionalen und landeseigenen Energieagenturen weiter genutzt werden können und im Rahmen der Novellierung der Kommunalrichtlinie daneben Anreize zur Verstetigung der Arbeit von Klimaschutzmanagern in Kommunen zu setzen.

BLOCK

TOP 21: 6. Erfahrungsbericht Umweltbezogene Nachhaltigkeitsindikatoren

Beschluss:

- Die Umweltministerkonferenz nimmt den "6. Erfahrungsbericht 2018 zu umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren" einschließlich der Broschüre "Umweltbezogene Nachhaltigkeitsindikatoren 2018 - Informationen zur Umweltqualität in den Bundesländern" der BLAG KliNa zur Kenntnis und stimmt ihrer Veröffentlichung zu.
- 2. Die Umweltministerkonferenz bittet die BLAG KliNa, die Bund/Länder-Zusammenarbeit bezüglich der umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren unter Einbeziehung der beteiligten Gremien fortzusetzen und zukünftig die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO) in die Bearbeitung mit einzubinden.
- 3. Die Umweltministerkonferenz bittet die BLAG KliNa, auf der Grundlage des "6. Erfahrungsberichts 2018 zu umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren" Vorschläge für die Aktualisierung und Ergänzung der Nachhaltigkeitsindikatoren unter Einbeziehung der beteiligten Gremien zu entwickeln und der Umweltministerkonferenz vorzulegen.

A-PUNKT

TOP 22- 25:

Gemeinsame Bund-Länder-Initiative "Mehr Respekt vor dem Insekt"

Kenntnisstand des Bundes zum Insektensterben sowie dessen Ursachen (TOP 22)

Erste Ad-hoc-Maßnahmen zur Förderung der Insektenvielfalt (TOP 23)

Gemeinsame Bund-Länder-Initiative "Mehr Respekt vor dem Insekt" (TOP 24)

Aktionsprogramm Insektenschutz und Aufbau eines Monitoringzentrums (TOP 25)

Beschluss:

- 1. Die Umweltministerinnen und Umweltminister sowie die Umweltsenatorin und Umweltsenatoren der Länder nehmen die Darstellung des Bundes zum Kenntnisstand zum Insektensterben sowie dessen Ursachen und die vom Bund vorgesehenen Aktivitäten, um dem entgegenzuwirken sowie den schriftlichen Bericht des Vorsitzlandes der Umweltministerkonferenz über die Maßnahmen der Länder zur Förderung der Insektenvielfalt zur Kenntnis.
- 2. Die Umweltministerkonferenz betont die sowohl ökologische als auch ökonomische Bedeutung der Insekten. Vor diesem Hintergrund unterstreicht sie nochmals die Notwendigkeit zielgerichteter Handlungsinitiativen auf Ebene der Länder einerseits und einer bundesweit abgestimmten Vorgehensweise sowohl für das Monitoring und die Datenerhebung als auch für das Ergreifen von Maßnahmen gegen das Insektensterben andererseits.

- 3. Die Umweltministerinnen und -minister sowie die -senatorin und -senatoren der Länder unterstützen die Absicht der Bundesregierung, ein "Aktionsprogramm Insektenschutz" zu erarbeiten und begrüßen, dass die zentralen Akteure, die Agrar- und Umweltressorts der Länder und die Öffentlichkeit in die Erarbeitung des Gesamtentwurfes des Aktionsprogramms einbezogen werden.
- 4. Die Umweltministerinnen und -minister sowie die -senatorin und -senatoren der Länder bitten den LANA-Vorsitz, das gemeinsame Vorgehen in einer gemeinsamen Bund-Länder-Initiative "Mehr Respekt vor dem Insekt" zu bündeln. Vom Bund vorgeschlagene Maßnahmen und in den Ländern bereits in Umsetzung befindlichen sowie geplanten Maßnahmen sollen zu einem Maßnahmenkatalog zusammengefasst werden, der auf der kommenden Umweltministerkonferenz vorgestellt werden soll. Dieser Maßnahmenkatalog ist nicht abschließend und wird kontinuierlich fortgeschrieben.
- 5. Die Umweltministerinnen und -minister sowie die -senatorin und -senatoren der Länder bitten den Bund, die Umsetzung der zwischen Bund und Ländern erarbeiteten Maßnahmen durch die Länder über eine angemessene anteilige Bundesförderung zu ergänzen.
- 6. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder begrüßen das in der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD für die 19. Wahlperiode angekündigte "Aktionsprogramm Insektenschutz" und den in diesem Zusammenhang vorgesehenen Aufbau eines "Wissenschaftlichen Monitoringzentrums zur Biodiversität".
- 7. Die Bundesregierung wird gebeten, noch im Jahr 2018 ein konkretes Umsetzungskonzept für das "Aktionsprogramm Insektenschutz" und den Aufbau des "Wissenschaftlichen Monitoringzentrums zur Biodiversität" zu erstellen und aufzuzeigen, wie die Länder in die Umsetzung eingebunden werden sollen.
- 8. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten die Bundesregierung, wirksame Maßnahmen gegen die Gefährdung von

Insekten im Bereich des Offenlandes und von Gewässerorganismen insbesondere auch durch Insektizide (z.B. Neonikotinoide) zu ergreifen und bei Bedarf auch durch eine entsprechende Regelungsvorhaben zu begleiten.

- Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder begrüßen das Freilandverbot für die drei Neonikotinoide – Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam.
- 10. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder sind der Ansicht, dass die derzeitigen Zulassungsverfahren viele ökologische Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln im Freiland nicht ausreichend wiedergeben. Sie bitten den Bund daher um Prüfung, wie das Verfahren verbessert werden kann, um die negativen Folgen von Pflanzenschutzmitteln insbesondere auch in Kombination für die Umwelt besser zu kontrollieren und deren Einsatz umweltverträglicher zu gestalten.
- 11. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten die Bundesregierung weiter, sich national und auf europäischer Ebene für eine Stärkung der Forschung zu alternativen, ökologisch unbedenklicheren Pflanzenschutzmitteln und Pflanzenschutzverfahren einzusetzen.
- 12. Das Vorsitzland wird gebeten, den Beschluss der AMK zur Kenntnisnahme zuzuleiten.

<u>Protokollerklärung der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen:</u>

Im Sinne des Vorsorgeprinzips und aufgrund des hohen unmittelbaren Risikos für die Erreichung der Ziele zum Erhalt der Biologischen Vielfalt und der Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie, die Umwelt und die landwirtschaftliche Ertragssicherheit bitten die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen und Bremen die Bundesregierung, sich gegenüber der Europäischen Kommission für ein Totalverbot der Anwendung der Neonikotinoide einzusetzen.

A-PUNKT

TOP 26: Umgang mit dem Wolf

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Umweltministerkonferenz folgenden Beschluss:

Die Umweltministerkonferenz bekräftigt die Beschlüsse zu TOP 18 und TOP 19 der 89. Umweltministerkonferenz und bittet den Bund bis spätestens zur 91. Umweltministerkonferenz zu den jeweiligen Sachständen schriftlich zu berichten.

BLOCK

TOP 27: Stärkung der Schaf-/ Ziegenhaltung durch Einführung einer Weideprämie

Beschluss:

- Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Umweltressorts der Länder betonen die Bedeutung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit als auch die Verbesserung der Leistungen für die Biodiversität sowie den Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutz der deutschen Landwirtschaft.
- 2. Die Weidetierhaltung hat eine sehr hohe Bedeutung für den Erhalt der Arten- und Biotopvielfalt in der Kulturlandschaft. Manche Kulturlandschaften können einerseits aufgrund ihrer Lage und ihres Reliefs nur durch Beweidung in Bewirtschaftung gehalten werden. Viele Lebensraumtypen und Biotoptypen sowie gefährdete Arten sind direkt auf eine angepasste Beweidung angewiesen.
- 3. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Umweltressorts der Länder sehen mit Sorge den massiven und anhaltenden Rückgang der Schaf- und Ziegenbestände. Sie bitten die Bundesregierung angesichts der hohen Bedeutung der Schaf- und Ziegenhaltung für Dauergrünlandnutzung, Naturschutz und Landschaftspflege eine Weideprämie für Mutterschafe und Ziegen zur Unterstützung der Schaf- und Ziegenhalter im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten in der GAP ohne Umverteilung zwischen den Bundesländern baldmöglichst einzuführen.

A-PUNKT

TOP 28: Beitrag des Bundes für Umweltsicherungs- und Naturschutzmaßnahmen

Beschluss:

- Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder begrüßen, dass die Bundesregierung die Regelungen zur Vergabe der noch verbliebenen Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) überarbeiten will.
- 2. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder sehen die Bereitstellung der BVVG-Flächen als wichtigen Beitrag des Bundes an, um Umweltbelange des Naturschutzes, des Trinkwasserschutzes und des Nationalen Naturerbes, die von der Verfügbarkeit und den Zugriff auf konkrete Flächen in privater Hand abhängig sind, fristgerecht umsetzen zu können.
- 3. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder fordern die Bundesregierung auf, die nach Bereitstellung für die vierte Tranche des Nationalen Naturerbes bei der bundeseigenen Bodenverwertungs- und verwaltungs GmbH, BVVG, verbleibenden Flächen unentgeltlich an die neuen Bundesländer mit der Verpflichtung anzubieten, diese insbesondere für Maßnahmen des Trinkwasserschutzes sowie zur Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie einzusetzen. Hiervon ausgenommen sollen nur solche Flächen bleiben, für die noch Erwerbsansprüche nach dem Entschädigungsund Ausgleichsleistungsgesetz oder für die noch Direkterwerbsansprüche der langfristigen Pächter nach den mit den neuen Bundesländern abgestimmten Privatisierungsgrundsätzen bestehen.

BLOCK

TOP 29: Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserwirtschaft

Beschluss:

- Die Umweltministerkonferenz nimmt den Sachstandsbericht zustimmend zur Kenntnis.
- 2. Die Umweltministerkonferenz stimmt einer Veröffentlichung des LAWA-Berichts "Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserwirtschaft Bestandsaufnahme, Handlungsoptionen und strategische Handlungsfelder" von 2017 als gedrucktes Werk sowie einer Veröffentlichung auf der LAWA-Homepage und im öffentlichen Teil des Wasserblicks zu.
- 3. Die Umweltministerkonferenz unterstreicht die Aussage des Berichtes, dass angesichts der Herausforderungen der Anpassung an den Klimawandel für die Wasserwirtschaft, insbesondere unter Sicherheitsaspekten dringender Handlungsbedarf besteht. Dazu gehört eine verstärkte Bewusstseinsbildung bei den Betroffenen und ein intensivierter Dialog mit den beteiligten Akteuren.
- 4. Die Umweltministerkonferenz betont weiter, dass auf allen administrativen Ebenen die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen, insbesondere im Bereich der Wasserwirtschaft bereitgestellt werden müssen, um eine vorsorgende Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels in Planungs- und Genehmigungsprozessen gewährleisten zu können.

- 5. Die Umweltministerkonferenz sieht in der regelmäßigen aktuellen Bereitstellung von auf der Basis anerkannter Methoden gewonnener Informationen über die beobachtete und projizierte Entwicklung von Klimaparametern, die möglichen Auswirkungen der Klimafolgen sowie mögliche Anpassungsmaßnahmen eine wesentliche Voraussetzung hierfür und begrüßt die Absicht des Bundes, mit einem politikfeldübergreifenden Klimavorsorgeportal (KliVo-Portal) den Zugang zu entsprechenden Informationen zu verbessern.
- 6. Die Umweltministerkonferenz befürwortet den zyklischen Ansatz der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) und bittet die LAWA, sich weiterhin mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserwirtschaft und möglichen Anpassungsmaßnahmen zu befassen und die Ergebnisse für die regelmäßige Fortentwicklung der Anpassungsstrategien von Bund und Ländern bereitzustellen und dafür einen neuen ständigen Ausschuss "Anpassung der Wasserwirtschaft an den Klimawandel" einzurichten.

BLOCK

TOP 30: Starkregenrisikomanagement

Beschluss:

- 1. Die Umweltministerkonferenz nimmt zur Kenntnis, dass es aufgrund der zeitlich und räumlich hoch variablen Niederschlagsverteilung in Deutschland keinen Ort gibt, welcher nicht von Überflutungen durch Starkregenereignisse betroffen sein könnte. Insbesondere die landkreis- und gemeindegenauen Warnungen vor unwetterartigen Gewittern mit Starkregen sind aber in absehbarer Zukunft nur mit sehr kurzer Vorwarnzeit von meist nur wenigen Minuten möglich. Ein absoluter Schutz gegen alle Auswirkungen eines Starkregenereignisses ist nicht möglich.
- Die Umweltministerkonferenz begrüßt ausdrücklich die personelle und finanzielle Unterstützung des Bundes für die laufenden Aktivitäten des DWD zur Verbesserung der Vorhersagen kleinräumiger Unwetterereignisse.
- 3. In der LAWA-Strategie für ein effektives Starkregenrisikomanagement wird die Schlüsselrolle und Verantwortung der Kommunen in den Bereichen Vorsorge, Bewältigung und Wiederaufbau im Starkregenrisikomanagement unterstrichen. Die Umweltministerkonferenz sieht zur Unterstützung der Kommunen die Notwendigkeit einer gezielten Fachberatung der Kommunen durch die Länder, z. B. durch Bereitstellen von Leitfäden und weiterem Informationsmaterial für die Feststellung ihrer eigenen Betroffenheit und Gefährdungs- und Risikosituation sowie zur Erstellung kommunaler Starkregenrisikomanagementkonzepte. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren

der Länder unterstützen die Kommunen bei der Erstellung von Gefährdungsund Risikobetrachtungen.

- 4. Die Umweltministerkonferenz stellt fest, dass neben der Erstellung von Managementkonzepten auch die konkrete Umsetzung von Maßnahmen zur Reduzierung der Risiken von Starkregenereignissen, ggf. durch Einbeziehung in bestehende Förderinstrumente, zu unterstützen ist. Weitere Finanzierungsinstrumente, welche sich gezielt an die kommunale Umsetzung von Maßnahmen zur Risikoreduktion und Klimaanpassung richten, sind seitens des Bundes und der Länder zu prüfen und bei Bedarf neu einzuführen beziehungsweise gegebenenfalls vorhandene Instrumente anzupassen.
- 5. Bei der Planung und Umsetzung (städte-)baulicher Vorkehrungen treten eine Reihe von Zielkonflikten mit anderen rechtlichen Regelungen und technischen Anforderungen auf, z. B. im Zusammenhang mit der Barrierefreiheit, der Regelungen zur Unterhaltungslast bei Verkehrswegen, der multifunktionalen Nutzung von Flächen, aber auch im Bereich der Vorschriften des öffentlichen Straßenbaus und im privaten Bauen. Eine Berücksichtigung der Belange des Starkregenrisikomanagements muss in den relevanten Bereichen Eingang finden. Die Umweltministerkonferenz bittet die Bauministerkonferenz und die Verkehrsministerkonferenz, die Zielkonflikte aufzubereiten und Lösungen in den verschiedenen Regelungsbereichen zu erarbeiten.
- 6. Der Umgang mit Niederschlägen oberhalb der Bemessungsgrenzen der Kanalisation muss Eingang finden in städtebauliche Planungen. Die Umweltministerkonferenz bittet die Bauministerkonferenz, dass die Belange des Starkregenrisikomanagements in die städtebauliche Entwicklung integriert werden. Hierbei ist von zentraler Bedeutung, dass bei Städteplanern, Architekten und sonstigen Planern eine stärkere Sensibilisierung bzgl. der Themen "Starkregen", Siedlungsentwässerung und Hochbau stattfindet.
- 7. Die stärkste Betroffenheit entsteht in bestehenden Ortslagen. Hier muss die Möglichkeit geschaffen werden, die Schäden bei extremen Ereignissen zu be-

grenzen. Hierzu sind entsprechende Maßnahmen zu planen und zu bemessen. Die Umweltministerkonferenz bittet die LAWA, die technischen Regelwerke hinsichtlich der Bemessung von Maßnahmen zum Schutz vor extremen Starkregenereignissen zu überprüfen.

- 8. Außerorts gilt es den natürlichen Wasserrückhalt zu stärken und die Erosion von wertvollem Oberboden sowie von sonstigem Material zu vermeiden. Die Umweltministerkonferenz bittet die Agrarministerkonferenz, dass seitens der Fachverwaltungen der Landwirtschaft mit Nachdruck auf Erosionsvermeidung und Stärkung des natürlichen Wasserrückhalts hingewirkt wird. Damit werden nicht nur Schäden auf landwirtschaftlich genutzten Flächen selbst vermieden, sondern auch wichtige Beiträge zur Überflutungsvorsorge geleistet. Die Anforderungen an die gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft müssen künftig noch konsequenter in die Praxis umgesetzt und die Einhaltung überwacht werden. Die Umweltministerkonferenz bittet die Agrarministerkonferenz zu prüfen, ob es bei der Anwendung der Grundsätze Vollzugsdefizite gibt, welche dann entsprechend zu lösen sind.
- 9. Die Umweltministerkonferenz erkennt die Schutzfunktion von Wäldern an: Eine nachhaltige Forstwirtschaft, welche standortangepasste Waldökosysteme erhält, unterstützt gleichzeitig einen wirksamen Gewässerschutz sowie die Hochwasser- bzw. Überflutungsvorsorge durch Starkregenereignisse. Die Forstwirtschaft kann außerdem durch die Anlage geeigneter Holzlagerplätze, durch gezielte Versickerung und die Vermeidung langer Fließwege dazu beitragen, dass die Gefahr von Verklausungen und Überflutungen in Siedlungsgebieten reduziert wird.
- 10. Die Umweltministerkonferenz stellt fest, dass aktuell eine systematische Herangehensweise und fachübergreifende Umsetzung für die Dokumentation von Starkregenereignissen fehlt. Die Umweltministerkonferenz bittet daher die LAWA zu prüfen, ob bestehende bundesweite Ansätze (z. B. Copernicus-Dienste u. a.) für eine systematische und gezielte Dokumentation von Starkregenereignissen ausgebaut werden können und wie die Pflege der Dokumenta-

tion sichergestellt werden kann. Darauf aufbauend sollten durch die LAWA bundesweit abgestimmte Handlungsempfehlungen zur Dokumentation von Ereignissen und damit zum Aufbau einer belastbaren Datengrundlage entwickelt werden.

- 11. Die Umweltministerkonferenz bittet den Bund, weitere Forschungsaktivitäten zu unterstützen, welche insbesondere die Methoden zur Modellierung von Oberflächenabflüssen durch Starkregen und deren Harmonisierung sowie die Abschätzung des Materialtransports bei Sturzfluten unter Berücksichtigung der in den Ländern vorhandenen Grundlagen weiterentwickeln.
- 12. Die Umweltministerkonferenz bittet den Bund und die Länder, sich konsequent dafür einzusetzen, dass das in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie definierte Ziel, die Inanspruchnahme zusätzlicher Flächen in Deutschland für Siedlungs- und Verkehrszwecke auf unter 30 ha / Tag bis 2030 zu reduzieren, erreicht wird.
- 13. Die Umweltministerkonferenz stimmt der Veröffentlichung des LAWA-Strategiepapiers auf der Homepage der LAWA und im WasserBLicK zu.
- 14. Das Vorsitz-Land wird gebeten, den Beschluss den Agrar-, Bau- und Verkehrsministerkonferenzen mit der Bitte um Unterstützung zuzuleiten.

A-PUNKT

TOP 31: Überprüfung der WRRL

Beschluss

- 1. Die Umweltministerkonferenz stellt fest, dass sich die WRRL als Instrument der integrierten Gewässerbewirtschaftung und -entwicklung bewährt hat.
- Die Umweltministerkonferenz stellt weiter fest, dass bereits erhebliche Anstrengungen zur Erreichung des Ziels des guten Zustands der Gewässer unternommen und sichtbare Erfolge erzielt wurden.
- 3. Gleichwohl ist festzustellen, dass es noch zahlreicher und umfassender Maßnahmen bedarf, um das Ziel des guten Zustandes der Gewässer zu erreichen. Die von den Ländern in ihren Maßnahmenplänen identifizierten Projekte müssen zügig umgesetzt werden. Die Umweltministerkonferenz erwartet Anstrengungen in allen Bereichen, um die Ziele der Richtlinie noch zu erreichen. Die Umweltministerkonferenz bittet die LAWA, weitere Vorschläge bis zur 91. Umweltministerkonferenz zu unterbreiten.
- 4. Die Umweltministerkonferenz erachtet ein Festhalten an den Zielen und Anforderungen sowie am bestehenden Zielniveau und an den wesentlichen Eckpunkten und Instrumenten der WRRL, wie dem sechsjährigen Bewirtschaftungszyklus, dem Verschlechterungsverbot sowie den Maßnahmenprogrammen, für unverzichtbar
- 5. Die Umweltministerkonferenz bittet den Bund, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass hierzu bis spätestens 2019 Klarheit seitens der EU-Kommission hergestellt wird, um für die Länder eine belastbare Grundlage für die in Kürze beginnende Bewirtschaftungsplanung 2021 2027 zu schaffen.

BLOCK

TOP 32 Weitergehende Schritte zur Reduktion der Nährstoffeinträge

Beschluss:

- Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder nehmen den Bericht "Grundwasserschutz als nationale Aufgabe -Weitergehende Schritte zur Reduktion der Nährstoffeinträge" zur Kenntnis. Der Bund wird gebeten, den Bericht bei einer späteren Evaluierung des Düngerechts im Rahmen der EG-Nitratrichtlinie heranzuziehen.
- 2. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten das Vorsitzland, den Bericht der Agrarministerkonferenz zu übermitteln, verbunden mit der Bitte, die im Bericht enthaltenen Vorschläge für freiwillige Maßnahmen zu diskutieren mit dem Ziel, gemeinsam einen Vorschlag zur Ergänzung des Aktionsprogrammes nach § 3 a DüngG zu entwickeln.

ABSCHLIESSEND

TOP 33: Beurteilung der Grundwassergüte anhand weiterer Stoffgehalte

Beschluss:

- Die Amtschefkonferenz nimmt den Bericht der LAWA zur Kenntnis und stimmt der Veröffentlichung auf der LAWA-Homepage zu.
- Die Amtschefkonferenz bittet die LAWA, auf Grundlage des Berichts ein Konzept zur ausreichenden Beurteilung des Umfangs des Nitratabbaus und der einhergehenden Änderungen der Grundwasserbeschaffenheit zu erarbeiten und auf der 93. Umweltministerkonferenz zum Stand der Umsetzung zu berichten.
- Die Amtschefkonferenz bittet den Bund gemeinsam mit der LAWA die Standardisierung der beschriebenen Methode weiter voranzutreiben und ebenfalls auf der 93. Umweltministerkonferenz zum Stand der Umsetzung zu berichten.

BLOCK

TOP 34: Hochwasser / Elementarschäden

Beschluss:

- Die Umweltministerkonferenz nimmt den mündlichen Bericht des Bundes zur Kenntnis.
- 2. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bekräftigen ihren Beschluss zur 89. Umweltministerkonferenz TOP 41, in dem der Bund gebeten wird, ein Konzept zur verstärkten Information der Öffentlichkeit über die Möglichkeiten der Elementarschadensversicherung zu erstellen und den Aufbau und Betrieb eines Naturgefahrenportals voranzubringen.

A-PUNKT

TOP 35: Notwendige Maßnahmen im Verkehrsbereich zur Einhaltung von NO₂-Immissionsgrenzwerten

KEIN BESCHLUSS

BLOCK

TOP 36: Maßnahmen zur Reduzierung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln

Beschluss:

- 1. Die Umweltministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundes zur Kenntnis.
- 2. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder stellen fest, dass die zentralen Elemente der Gemeinsamen Strategie Pflanzenschutz wie Schutz der Biodiversität, Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln, verstärkte Einbeziehung der Sonderkulturen, Stärkung der Forschung und Pflanzenschutzmittelzulassung von der neuen Bundesregierung aufgegriffen wurden.
- 3. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder begrüßen, dass die Bundesregierung rechtliche Möglichkeiten sowohl im Rahmen des Pflanzenschutzrechts als auch in anderen Rechtsbereichen prüft, um das festgelegte Ziel eines umwelt- und naturverträglicheren Pflanzenschutzes mit Maßnahmen in einem EU-konformen Rahmen zu erreichen.

BLOCK

TOP 37: Aktualisierung des nationalen Verkehrslärmschutzpaketes

Beschluss:

- Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder stellen fest, dass nach wie vor weite Teile der Bevölkerung gesundheitsschädlichen Lärmpegeln ausgesetzt sind.
- 2. Nach Auffassung der Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder muss der Verkehrslärmschutz konsequent weiter verfolgt werden. Hierzu bedarf es einer umfassenden Gesamtkonzeption, um den umweltbezogenen Gesundheitsschutz und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern.
- 3. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder sind der Auffassung, dass das Verkehrslärmschutzpaket II aufgrund der aktuellen Erkenntnisse der Lärmwirkungsforschung sowie der technischen und verkehrlichen Entwicklungen fortentwickelt werden muss. Zudem sollten die Maßnahmen des Koalitionsvertrages Berücksichtigung finden.
- 4. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten den Bund, gemeinsam mit den Ländern das Verkehrslärmschutzpaket II aus dem Jahr 2009 zu evaluieren und spätestens im Jahr 2019 zu aktualisieren. Sie bitten den Bund, zur 92. Umweltministerkonferenz einen Bericht vorzulegen.

5. Die Umweltministerkonferenz bittet das Vorsitzland der Umweltministerkonferenz, den Beschluss der Verkehrsministerkonferenz mit Anliegen der Bitte zuzuleiten, das unterstützen. Die zu Umweltministerkonferenz das 91. bittet Vorsitzland zur Umweltministerkonferenz über Position mündlich die der Verkehrsministerkonferenz zu berichten.

A-PUNKT

TOP 38: Bewertung antibiotikaresistenter Bakterien in der Umwelt

Beschluss:

- 1. Die Umweltministerkonferenz hält es für erforderlich, Daten und Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Vorkommen und den Wirkzusammenhängen von antibiotikaresistenten Bakterien in der Umwelt, insbesondere in Gewässern (Oberflächen- und Grundwasser) zusammenzuführen und zu bewerten.
- 2. Die Umweltministerkonferenz bittet die Gesundheitsministerkonferenz zu prüfen, Datengrundlage ob die bisherige zum Vorkommen antibiotikarestistenter Bakterien in der Umwelt für die Beurteilung des Gesundheitsrisikos ausreichend bzw. weitergehenden ist welche Untersuchungen hierfür als erforderlich angesehen werden.
- Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten den Bund, die Gesundheitsministerkonferenz an der Erarbeitung einer hygienisch-medizinischen Bewertung und von Bewertungskriterien für (Bade-) Gewässer zu beteiligen.
- 4. Bis Frühjahr 2019 laufen noch große Forschungsprojekte (z.B.: BMBF HyReKa), aus deren Ergebnissen dann Vorschläge für ein Monitoring und ggf. Minderungsmaßnahmen abgeleitet werden können. Bei Untersuchungen von Proben aus der Umwelt sollen Nachweisverfahren angewendet werden, die auch im HyReKA-Forschungsverbund eingesetzt werden, um die Ergebnisse vergleichen zu können.
- 5. Das Vorsitz-Land wird gebeten, den Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz zuzuleiten.

BLOCK

TOP 39: Saubere Schiffe in Städten

Beschluss:

- 1. Die Umweltministerkonferenz stellt fest, dass weiterer Verbesserungsbedarf bei der Reduzierung von Stickoxid- und Feinstaubemissionen von Schiffen, insbesondere auf innerstädtischen Wasserwegen und in Häfen besteht. Von besonderer Bedeutung sind in diesen Bereichen oft Fahrgastschiffe, deren Emissionen im Bereich ihrer Anlegestellen sogar zur Überschreitung von NO₂-Luftqualitätsgrenzwerten führen können.
- Für die Erreichung von Klimaschutzzielen muss die Verlagerung von Transporten von der Straße auf Schiffe unter Nutzung der vorhanden Schifffahrtswege dringend gestärkt werden.
- 3. Neben der Erneuerung der Motoren stehen inzwischen auch erprobte technische Nachrüstsysteme zur Reduzierung von Partikeln und Stickoxiden zur Verfügung. Für Fahrgastschiffe werden zudem auch elektrische Antriebe angeboten. Damit diese Systeme zur Anwendung kommen, hält es die Umweltministerkonferenz für erforderlich, dass auf kommunaler Ebene Nutzervorteile für emissionsarme Schiffe eingeführt werden können.
- 4. Die Umweltministerkonferenz bittet daher die LAI, ein Konzept für eine schnelle Emissionsminderung bei Schiffen zu erarbeiten, in dem die technischen Maßnahmen und ihre Kosten zusammengestellt und die

rechtlichen Möglichkeiten für Nutzervorteile für emissionsarme Schiffe, für Beschränkungen des Betriebs hoch emittierender Schiffe sowie für die Nutzung von Landstrom dargestellt, technische und rechtliche Hindernisse identifiziert und Lösungsansätze unter Vermeidung der Verlagerung des Transports auf die Straße vorgeschlagen werden. Zu prüfen ist insbesondere, wie Emissionsanforderungen an Schiffe für die Nutzung von Anlegestellen sowie für die Befahrung von Wasserstraßen auf lokaler Ebene durch betroffene Kommunen eingeführt werden können. Bei der Erarbeitung des Konzepts soll das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur beteiligt werden. Das Konzept soll bis zur 92. Umweltministerkonferenz vorgelegt werden.

A-PUNKT

TOP 40: Reduzierung von Plastik in Gewässern

Beschluss:

- 1. Die Umweltministerkonferenz stellt fest, dass sich (Mikro-)Plastik in den Meeren akkumuliert und in den Fließgewässern eine zivilisatorische Grundlast von Kunststoffpartikeln vorhanden ist. Sie ist der Auffassung, dass diese Situation ein umgehendes globales Handeln unumgänglich macht und im Sinne des Vorsorgeprinzips Maßnahmen zur Reduktion weiterer Einträge und damit Vermeidung einer fortschreitenden Akkumulation von Kunststoffpartikeln einzuleiten sind.
- 2. Die Umweltministerkonferenz hält die Entwicklung Umsetzung und gemeinsamer europäischer Maßnahmen für erforderlich, um Abfälle von Kunststoffprodukten besser im Wirtschaftskreislauf halten und Wettbewerbsverzerrungen vermeiden zu können. Sie begrüßt vor diesem Hintergrund die europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft.
- 3. Um das Ziel der Reduzierung von Kunststoffeinträgen in die Umwelt, insbesondere auch in Binnengewässer oder die Weltmeere, zu erreichen, müssen Abfallvermeidung und Verringerung des "Litterings" wesentliche Elemente der Kunststoffstrategie darstellen. Die Umweltministerkonferenz stellt darüber hinaus fest, dass hinsichtlich des Einsatzes alternativer Rohstoffe noch erheblicher Forschungsbedarf besteht.
- 4. Die UMK unterstützt die Bestrebungen der Europäischen Kommission, über finanzielle Instrumente den Anteil nicht recycelter Plastikabfälle mit zusätzlichen Kosten zu belasten und Einträge von Plastikabfällen in die Umwelt zu reduzieren.

- 5. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder bitten den Bund gemeinsam mit den betroffenen Wirtschaftskreisen, branchenübergreifend Anreize zur Vermeidung von Kunststoffabfällen und der ökologisch sinnvollen Verwendung von Rezyklaten in Produkten zu entwickeln. Darüber hinaus bitten sie die Bundesregierung, weitergehende Maßnahmen zur Stärkung der Abfallvermeidung (Verbesserung der Reparaturfreundlichkeit und der Lebensdauer von Produkten, Ausbau von Mehrwegsystemen unter Prüfung möglicher Pfandpflichten) sowie die Reduzierung schlecht recycelbarer Verbundmaterialien zu erarbeiten. Ferner bitten sie den Bund, geeignete Maßnahmen zur deutlichen Reduzierung der Verpackungsflut im Bereich der Außerhausverpflegung umzusetzen.
- 6. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder begrüßen, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung sich im Rahmen des Forschungsschwerpunktes "Plastik in der Umwelt" intensiv mit Quellen und Senken der Plastikverschmutzung in der Umwelt befasst und Lösungsansätze entwickeln lässt. Sie bitten den Bund, die Forschungen zur Gesundheitsauswirkung von Mikroplastik auf den Menschen und Auswirkungen auf das Ökosystem verstärkt weiterzuführen. Hierbei sollten weiterhin insbesondere die Themen Anlagerung von Schadstoffen an Kunststoffpartikel und deren Weg über die Nahrungskette in Lebensmittel besondere Bedeutung haben.
- 7. Die Umweltministerkonferenz hält es für erforderlich, den Einsatz von Kunststoffmikropartikeln in Wasch- und Reinigungsmitteln sowie Kosmetika zu unterbinden. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Umweltressorts der Länder bitten den Bund, dieses Ziel auch auf europäischer Ebene zu verfolgen.
- 8. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Umweltressorts der Länder bitten den Bund zu prüfen, wie und durch welche kurzfristigen Maßnahmen der Eintrag von Kunststoffen in Wasser reduziert werden kann.

BLOCK

TOP 41: Vermeidung von Kunststoff-Verunreinigungen in der Umwelt bei der Entsorgung verpackter Lebensmittel

Beschluss:

- Die Umweltministerkonferenz ist besorgt über die weitere ungebremste Zunahme des Eintrages von Plastikabfällen in die Umwelt und hält weitergehende Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung dieser Einträge auch bei der Entsorgung verpackter Lebensmittelabfälle für dringend geboten.
- Die Umweltministerkonferenz bekräftigt die Auffassung, dass neben der ordnungsgemäßen Entsorgung auch die Abfallvermeidung ein wesentliches Element ist, um die Abfallmenge und die schädlichen Auswirkungen des Abfalls auf Mensch und Umwelt wirksam zu reduzieren.
- Die Umweltministerkonferenz ist überzeugt, dass die Anforderungen an Produktverantwortung und Produktdesign kontinuierlich weiterzuentwickeln sind.
- 4. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder sind der Auffassung, dass es zur Zielerreichung eines wirksamen Vollzugs der bestehenden Regelungen und einer Nachbesserung des rechtlichen Rahmens für nicht mehr für den Verzehr geeignete, verpackte Lebensmittel bei der Behandlung und Verwertung bedarf. Die stoffliche Verwertung über Kompostierung oder Vergärung ist auf den ausnahmslosen Einsatz

unverpackter oder vollständig entpackter und fremdstofffreier Lebensmittelabfälle zu beschränken.

- 5. Die Umweltministerkonferenz ist der Auffassung, dass es sich bei verpackten Lebensmittelabfällen aus dem Handel oder der Produktion nicht um eine nach der Bioabfallverordnung für die bodenbezogene Verwertung zugelassene Abfallart handelt.
- 6. Die Umweltministerkonferenz bittet die LAGA, einen Vorschlag für ein bundesweit einheitliches Konzept zur schadlosen und ordnungsgemäßen Verwertung von verpackten Lebensmittelabfällen zu erarbeiten.
- 7. Die Umweltministerkonferenz unterstützt, dass auch nach der Düngemittelverordnung Kunststoffe in dem zulässigen Fremdstoffanteil soweit technisch möglich auszuschließen sind. Sie bittet die Bundesregierung, die geltenden Grenzwerte für Kunststoffanteile in Düngemitteln, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln zu überprüfen und diese soweit wie praktisch möglich abzusenken. Gleiches gilt für die einschlägigen abfallrechtlichen Vorgaben.
- 8. Die Umweltministerkonferenz ist der Auffassung, dass eine systematische Erfassung von Lebensmittelabfällen -nicht nur verpackter Lebensmittelabfälleals Basis der Erarbeitung wirksamer Maßnahmen zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung erforderlich ist. Die Umweltministerkonferenz hält es daher für angezeigt, dass das BMEL unter anderem den Handel und die Ernährungswirtschaft im Zuge der nationalen Strategie zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen und -verlusten frühzeitig und intensiv einbindet.
- 9. Die Umweltministerkonferenz ist der Auffassung, dass auch weitere Eintragspfade für Makro- und Mikroplastik zur Erarbeitung wirksamer Maßnahmen einer besseren Datenlage bedarf. Hierzu zählt auch die Sammlung, Behandlung und Verwertung von Bioabfällen aus Haushaltungen.

ABSCHLIESSEND

TOP 42: Bericht zum Umsetzungsstand der Servicestelle

"Koordinierung von Aufgaben der Stofflichen

Marktüberwachung"

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz nimmt den Bericht zum Umsetzungsstand der Servicestelle "Koordinierung von Aufgaben der Stofflichen Marktüberwachung" zur Kenntnis.

BLOCK

TOP 43: Akzeptanzsteigerung für Akkus

Beschluss:

- Die Umweltministerkonferenz stellt fest, dass durch die Verwendung von mehrfach aufladbaren Akkumulatoren ("Akkus") anstelle von Batterien Abfall vermieden und Ressourcen eingespart werden können.
- 2. Die Umweltministerkonferenz sieht die Notwendigkeit, die Akzeptanz auf Seiten der Verbraucherinnen und Verbraucher für den Kauf und die Verwendung von Akkus zu erhöhen. Dabei sieht sie auch die Hersteller in der Pflicht, durch ein geeignetes Gerätedesign und das Angebot leistungsfähiger, austauschbarer Akkus einen Beitrag zur Abfallvermeidung, zum Ressourcenschutz sowie zur Akzeptanzsteigerung von Akkus in der Bevölkerung zu leisten.
- 3. Die Umweltministerkonferenz bittet die l\u00e4nderoffene Arbeitsgruppe Ressourceneffizienz (LAGRE) die Potentiale zur Ressourcenschonung durch den verst\u00e4rkten Einsatz von Akkus anstelle von Einweg zu pr\u00fcfen und bis zur 92. Umweltministerkonferenz zu berichten. Aufbauend auf diesem Bericht sollen Akteure und Handlungsoptionen identifiziert werden.

A-PUNKT

TOP 44: Innovative und ressourceneffiziente Baustoffe

Beschluss:

- Die Umweltministerkonferenz sieht im Bereich der Errichtung und Instandhaltung von Bauwerken ein erhebliches Potenzial, Rohstoffeinsatz, Energiebedarf und CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Neben der Verwendung von Recyclingmaterialien kommt dabei dem Einsatz innovativer und nachhaltiger Baustoffe und Bauweisen eine große Bedeutung zu.
- Die Umweltministerkonferenz hält es im Sinne der Unterstützung der Markteinführung nachhaltiger Baustoffe für zielführend, dass Bund und Länder auch bei Bauvorhaben in ihren eigenen Geschäftsbereichen dem Einsatz nachhaltiger und ressourceneffizienter Baustoffe besonderes Augenmerk widmen.
- 3. Die Umweltministerkonferenz betont vor diesem Hintergrund erneut die bereits zur 87. Umweltministerkonferenz formulierte Bitte an den Bund, Möglichkeiten zur Förderung ökologisch vorteilhafter Baustoffe zu verfolgen und die auf nachhaltige und ressourceneffiziente Baustoffe gerichtete Forschung auf Bundesebene fortzuführen.
- 4. Um offene Fragen bei der Betrachtung des Endes des Lebenszyklus und der Verwertung von Baustoffen zu bearbeiten, wird die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) in Abstimmung mit der länderoffenen Arbeitsgruppe Ressourceneffizienz (LAGRE) sowie der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) zum nächstmöglichen Zeitpunkt

einen Bericht zur verstärkten Berücksichtigung des Kriteriums Ressourceneffizienz bei der Bewertung der Nachhaltigkeit im Bauwesen erarbeiten. Hierbei sollen sowohl herkömmliche als auch neuartige Bauweisen wie etwa "Carbonbeton" betrachtet werden.

5. Die Umweltministerkonferenz bittet das UMK-Vorsitzland, diesen Beschluss an die Bauministerkonferenz zuzuleiten.

BLOCK

TOP 45: Steigerung der Ressourceneffizienz im Rahmen von Industrie 4.0

Beschluss:

- Die Umweltministerkonferenz begrüßt, dass die Bundesregierung mit einer Vielzahl von Programmen und Maßnahmen die Entwicklung von Industrie 4.0 unterstützt.
- 2. Die Umweltministerkonferenz sieht durch den Aufbau von Industrie 4.0 große Potenziale für eine Steigerung der Ressourceneffizienz. Diese Annahme wird durch die im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit gemeinsam mit den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz durchgeführte Studie "Ressourceneffizienz durch Industrie 4.0" bestätigt.
- 3. Die Umweltministerkonferenz bittet die Bundesregierung, bei zukünftigen Programmen zur Förderung der Industrie 4.0 spezifische Fragestellungen für die Realisierung der Potenziale zur Steigerung der Ressourceneffizienz durch die digitale Transformation zu integrieren.
- 4. Die Umweltministerkonferenz bittet das Umweltministerkonferenz Vorsitz-Land, diesen Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz mit der Bitte um Kenntnisnahme zuzuleiten.

KAMIN

TOP 46: Mehrjähriger Finanzrahmen – den Europäischen Mehrwert von Umwelt- und Naturschutz stärken

KEIN BESCHLUSS

TOP 47: Verschiedenes

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen

UMK-Geschäftsstelle



5. Juni 2018

Teilnehmerliste

61. Amtschefkonferenz am 7. Juni 2018 in Bremen

Unterschrift	J. L. M. C. C.			Mess /	
Teilnehmende	Jochen Flasbarth	Peter Stutz	Claudia Koll	Volker Meier	Jürgen Maaß
	(Staatssekretär)	(Büroleiter)	(Referatsleiterin)	(Ministerialdirigent)	(Referent)
Institution	Bundesministerium für				
	Umwelt, Naturschutz und				
	nukleare Sicherheit				
Bundesland	Bundesregierung	Bundesregierung	Bundesregierung	Bundesregierung	Bundesregierung

they hid bear.	7 7 5 7			Much	Man Wolfon	er Kitmin Dutcher	C. Sellole
Helmfried Meinel (Amtschef)	Justus Koch (UMK-Referent)	Stefan Benzing (Leiter Zentralabteilung)	Dr. Christian Barth (Ministerialdirektor)	Robert Schneider (Ministerialrat/UMK-Referent)	Stefan Tidow (Staatssekretär)	Kiara Furth-Deutschländer (UMK-Referentin)	Dr. Carolin Schilde (Staatssekretärin)
Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz	Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft
Baden-Württemberg	Baden-Württemberg	Baden-Württemberg	Bayern Bayern	Bayern	Berlin	Berlin	Brandenburg

					1		
La Cala						Kidest Br	Sahre Bolling lines
Dr. Jens-Uwe Schade (Pressesprecher)	Ronny Meyer (Staatsrat)	Frank Steffe (UMK-Referent)	Hildegard Kamp (Abteilungsleiterin)	Marion Langenbach (Abteilungsleiterin)	Michael Pollmann (Staatsrat)	Michael Peper (UMK-Referent)	Sabine Bölling-Lucks (UMK-Referentin)
Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft	Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	Behörde für Umwelt und Energie	Behörde für Umwelt und Energie	Behörde für Umwelt und Energie			
Brandenburg	Bremen	Bremen	Bremen	Bremen	Hamburg	Hamburg	Hamburg

* 1				1
The state of the s	Hamburg	Behörde für Umwelt und Energie	Jochen Hake (Referent)	Jay de la company de la compan
	Hessen	Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Dr. Beatrix Tappeser (Staatssekretärin)	Book
4 17 A	Hessen	Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Juliane Kiesewetter (UMK-Referentin)	biscoved
	Hessen	Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Andrea Schneider (Referentin)	Solverde
	Mecklenburg- Vorpommern	Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt	Dr. Jürgen Buchwald (Staatssekretär)	ann
	Mecklenburg- Vorpommern	Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt	Kai Umland (Referatsleiter)	(PV)
	Mecklenburg- Vorpommern	Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt	Johan Radtke (UMK-Referent)	St. E.
**	Niedersachsen	Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz	Frank Doods (Staatssekretär)	See

Jan ne S	2	6. Bolen	J.Bir		J. M.	S. Boll	Vers leither
Dr. Ingo Stürmer	Stefan Nilles	Dr. Heinrich Bottermann	Dr. Diana Hein	Dieter Dahmen	Viktor Haase	Sandra Bowitz	Dr. Viola Müller-Keilholz
(UMK-Referent)	(Referent des Staatssekretärs)	(Staatssekretär)	(Abteilungsleiterin)	(UMK-Referent)	(Abteilungsleiter)	(Terminreferentin Staatssekretär)	(Sachbearbeiterin UMK)
Ministerium für Umwelt,	Ministerium für Umwelt,	Ministerium für Umwelt,	Ministerium für Umwelt,	Ministerium für Umwelt,	Ministerium für Umwelt,	Ministerium für Umwelt,	Ministerium für Umwelt,
Energie, Bauen und	Energie, Bauen und	Landwirtschaft, Natur- und	Landwirtschaft, Natur- und	Landwirtschaft, Natur- und	Landwirtschaft, Natur- und	Landwirtschaft, Natur- und	Landwirtschaft, Natur- und
Klimaschutz	Klimaschutz	Verbraucherschutz	Verbraucherschutz	Verbraucherschutz	Verbraucherschutz	Verbraucherschutz	Verbraucherschutz
Niedersachsen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Nordrhein-Westfalen	Nordrhein-Westfalen	Nordrhein-Westfalen	Nordrhein-Westfalen	Nordrhein-Westfalen

~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~	MA	The state of the s		Moltin			
77			) Y"19	imi	L. L.	Dethe 9	Ø. (
Dr. Thomas Griese (Staatssekretär)	Dani Fössl (UMK-Referent)	Tanita Stamm (Referentin)	Roland Krämer (Staatssekretär)	Dr. Silke Kruchten (UMK-Referentin)	Dr. Frank Pfeil (Staatssekretär)	Detlev Sann (UMK-Referent)	Dr. Hartmut Schwarze (Ministerialdirigent)
Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten	Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten	Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten	Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft	Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft	Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft
Rheinland-Pfalz	Rheinland-Pfalz	Rheinland-Pfalz	Saarland Saarland	Saarland Saarland	Sachsen	Sachsen	Sachsen

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energ
Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung
Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung
Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung
Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz
Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz

UBA	Dr. N Umweltbundesamt (Leit Emiss	Dr. Michael Angrick (Leiter der Deutschen Emissionshandelsstelle)	has
	Bundesamt für Naturschutz (P	Dr. Beate Jessel (Präsidentin BfN)	A Company of the Comp